

Adresse dieses

Artikels: <http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article137881993/Fortschritt-fuer-Mitarbeiter-des-Technikmuseums.html>

27.02.2015, 06:23

Arbeitsverhältnis Fortschritt für Mitarbeiter des Technikmuseums

Von Andreas Abel

SPD-Fraktionschef und Kulturstaatssekretär fordern mehr unbefristete Arbeitsverträge

Das Deutsche Technikmuseum ist ein Kulturmagnet. Seit Jahren steigen die Besucherzahlen, im vergangenen Jahr kamen mehr als 590.000 Menschen in die Kreuzberger Einrichtung. Doch die gute Bilanz hat einen Schönheitsfehler. Von den 147 Mitarbeitern im Besucherdienst und im Wachschatz haben fast 40 Prozent nur befristete Arbeitsverträge, die über zwei Jahre laufen und in der Regel nicht verlängert werden dürfen. Das kritisieren Kulturstaatssekretär Tim Renner und Raed Saleh, SPD-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus. Sie fordern, zu einem Anteil unbefristeter Arbeitsverträge von mindestens 80 Prozent zu kommen. Dazu führten sie am Donnerstag ein Gespräch mit der Museumsleitung.

Wirtschaftliche Zwänge

Das Technikmuseum wird von einer Stiftung öffentlichen Rechts getragen, Träger ist das Land Berlin. Der Jahresetat beträgt rund 22 Millionen Euro, einschließlich der selbst erwirtschafteten Einnahmen. Die betroffenen Mitarbeiter sind allerdings in der T & M Technik und Museum Marketing GmbH beschäftigt. Die Personalkosten der GmbH lägen im neuen Wirtschaftsplan bei drei Millionen Euro, sagte Museumsdirektor Dirk Böndel.

Er begründete den hohen Anteil befristeter Arbeitsverträge mit wirtschaftlichen Zwängen. Tarifierhebungen oder vertraglich bedingte Gehaltssteigerungen bekäme die GmbH nicht erstattet. Solche Mehrkosten seien nur durch Einsparungen im Haushalt oder durch Nichtbesetzung freigewordener Stellen aufzufangen. Dazu benötige er Flexibilität. Böndel zeigte sich bereit, auf die Wünsche des Senats und der SPD-Fraktion einzugehen, wenn Tarifsteigerungen ausgeglichen würden.

Raed Saleh sagte, die Entfristung von Arbeitsverträgen verursache keine Kosten. Es gebe kein anderes Landesunternehmen mit einem so hohen Anteil von Zeitverträgen. Die betroffenen Mitarbeiter hätten Angst, ihre Lebensgrundlage zu verlieren. Das zu beseitigen sei eine Frage der Gerechtigkeit. Es sei auch wirtschaftlicher, mit langfristig beschäftigten Mitarbeitern zu arbeiten. Diese würden sich mehr mit dem Betrieb identifizieren, zudem müssten nicht immer wieder neue Kollegen eingearbeitet werden. Um den Stellenplan flexibel zu halten, genüge auch ein weit geringerer Anteil an Zeitverträgen, betonte der SPD-Fraktionschef.

Beide Seiten hätten recht, sagte Tim Renner. Museumschef Böndel verhalte sich wirtschaftlich verantwortungsbewusst, andererseits seien so viele befristete Arbeitsverträge in einem öffentlichen Betrieb nicht akzeptabel. Zu klären sei nun, um welchen Betrag der Zuschuss des Landes an das Museum aufgestockt werden muss und welchen Anteil unbefristeter Verträge Böndel garantieren könne. In der Sache seien sich aber alle Beteiligten einig, daher rechne er wie auch Raed Saleh mit einer Lösung in den kommenden Monaten.